

## Abrüstungskonferenz: Tagungen 2012

- Initiative von Ägyptens Botschafter Badr abgelehnt
- Nukleare Abrüstung bleibt weiterhin Streitthema

Oliver Meier

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Oliver Meier, Abrüstungskonferenz: Tagungen 2011, VN, 2/2012, S. 77, fort.)

Und jährlich grüßt das Murmeltier. Unter diesem Motto standen auch im Jahr 2012 die Diskussionen in der Genfer **Abrüstungskonferenz (Conference on Disarmament – CD)**. Es gelang den 65 Mitgliedstaaten auch im 16. Jahr in Folge nicht, neue Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen. Gleichzeitig weigern sich wichtige Akteure weiterhin, Verhandlungen etwa über ein Verbot der Produktion waffenfähigen Spaltmaterials (Fissile Material Cut-off Treaty – FMCT) außerhalb der CD aufzunehmen. So steht die offizielle multilaterale Abrüstungsmaschinerie der Vereinten Nationen immer noch still, ohne dass Hoffnung auf Besserung besteht.

Auf der ersten von insgesamt 30 formellen Plenarsitzungen im Jahr 2012 einigte sich die Konferenz zwar auf eine Tagesordnung. Schon zu Beginn der neuen Tagungsperiode stellte der ecuadorianische Botschafter Luis Gallegos – damals turnusgemäß CD-Präsident – allerdings klar, dass »keine Einigung in Sicht sei«, die eine Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen ermöglichen würde. »Geopolitische Realitäten«, so Gallegos, seien eine Ursache für die Schwierigkeiten, sich auf ein Arbeitsprogramm zu einigen, das die Grundlage für Verhandlungen bilden könne. Der Präsident schlug dann vor, die CD entweder bis zu einer politischen Lösung in einen Ruhezustand zu versetzen oder die Konferenz im Jahr 2012 überhaupt nur für einen kurzen Zeitraum tagen zu lassen. Diese Vorschläge wurden zwar von einigen Mitgliedstaaten unterstützt, scheiterten aber erwartungsgemäß genauso am Konsensprinzip wie alle darauf folgenden Initiativen, die CD als Verhandlungsforum wiederzubeleben.

Am 13. März, gegen Ende der vom 23. Januar bis 30. März dauernden ersten Tagungsperiode, stellte der damalige CD-Präsident, der ägyptische Botschafter His-

ham Badr, seinen Entwurf eines Arbeitsprogramms vor (CD/1933/Rev.1). Badr schlug vor, in den vier Kernthemen (nukleare Abrüstung, FMCT, Maßnahmen zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltall, negative nukleare Sicherheitsgarantien) jeweils für neun Tage in Arbeitsgruppen »Diskussionen« zu führen. Ferner sollten Koordinatoren andere Themen auf der Tagesordnung (neuartige Massenvernichtungswaffen, umfassendes Abrüstungsprogramm und Transparenzmaßnahmen) betreuen.

Obwohl der Arbeitsprogramm-Entwurf strittige Begriffe wie »Verhandlungen« oder die Frage der Reichweite eines FMCT vermied, scheiterte er nur zwei Tage später. Pakistan sprach sich als einziger Staat offen gegen den Entwurf aus und führte dafür Gründe der »nationalen Sicherheit« an. Pakistan hatte bereits in den vergangenen Jahren Diskussionen über einen FMCT abgelehnt, weil es fürchtet, durch einen solchen Vertrag im nuklearen Rüstungswettlauf mit Indien benachteiligt zu werden. Es ist aber davon auszugehen, dass im Windschatten der pakistani-schen Ablehnung auch andere Staaten, wie etwa China und Iran, einer Aufnahme von FMCT-Verhandlungen ablehnend gegenüberstanden.

Die globale Interessenlage in der nuklearen Abrüstung bleibt von großen Gegensätzen gekennzeichnet. Die blockfreien Staaten wollen vor allem über weitere Abrüstungsschritte der Nuklearwaffenstaaten reden. Andere, vor allem westliche Staaten, stehen dem skeptisch gegenüber und wollen keinem Arbeitsprogramm zustimmen, das kein klares Mandat für FMCT-Verhandlungen enthält.

So brachten die Staatenvertreter auch die beiden anderen Tagungsperioden (14.5.–29.6. und 30.7.–14.9.) im Wesentlichen damit zu, Plenumsdiskussionen über die Themen auf der Tagesordnung zu führen und in einigen Seminaren zu den entsprechenden Sachthemen zu diskutieren. Deutschland und die Niederlande luden etwa zu zwei Treffen von wissenschaftlichen Experten zur Verifikation eines FMCT ein (29.–30.5. und 28.–29.8.).

Die Aussichten, dass in anderen Foren Verhandlungen über einige der auf der CD-Tagesordnung befindlichen Themen aufgenommen werden, haben sich nicht wesentlich verbessert. Wie in den vergangenen Jahren befürworteten mehrere Staa-

ten direkt oder indirekt einen solchen Schritt. Insbesondere steht der Vorschlag im Raum, die FMCT-Verhandlungen in die UN-Generalversammlung zu verlagern.

Allerdings lehnen wichtige Nuklearwaffenstaaten dies weiterhin ab. Die amerikanische Ständige Vertreterin bei der Abrüstungskonferenz, Botschafterin Laura E. Kennedy, beispielsweise stellte am 15. Mai in Genf klar, dass die USA Verhandlungen über ein Ende der Produktion waffenfähigen Spaltmaterials nur auf der Grundlage eines Konsenses derjenigen Staaten, die Spaltmaterial produzieren, befürworten. »Es wäre nicht produktiv, wenn die Generalversammlung Boden erneut umpflügt, der hier in Genf schon lange beackert wird«, so Kennedy.

Je länger die Blockade in der CD andauert, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass einzelne Staaten Verhandlungen über Abrüstungsthemen, die auf der Agenda der Abrüstungskonferenz stehen, in einem anderen Rahmen aufnehmen. Vorbild dafür wären die erfolgreichen Verhandlungen über die Verbote von Anti-Personen-Minen und Streumunition, die unter Umgehung des Konsensprinzips angestoßen und abgeschlossen worden waren. Im Nuklearbereich bleiben die Hürden für einen solchen Schritt höher – unüberwindbar erscheinen sie nicht mehr.

Unter dem Vorsitz des deutschen Botschafters Hellmut Hoffmann beriet die CD dann im September abschließend über ihren jährlichen Bericht an die Generalversammlung. Hoffmanns Versuche, den üblicherweise vollkommen blutleeren Bericht über die (Nicht-)Aktivitäten der CD zumindest durch eine allgemeine Beschreibung inhaltlicher Debatten und Kontroversen im Jahr 2012 anzureichern, scheiterten weitgehend am Konsensprinzip. So überwies die CD am 13. September ihren üblichen Sachbericht (CD/1944) an die Generalversammlung.

Ein kleiner Lichtblick ist, dass die UN-Generalversammlung in Resolution 67/56 vom 3. Dezember 2012 eine Offene Arbeitsgruppe zur Zukunft der nuklearen Abrüstung einrichtete. Auf drei Treffen im Jahr 2013 wird diese Gruppe in Genf unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft darüber beraten, wie multilaterale Abrüstungsverhandlungen zur Erreichung des Ziels einer atomwaffenfreien Welt genutzt werden können.